

Dschihad-Rückkehrer in Nordafrika

Die nordafrikanischen Länder stehen gegenwärtig vor der Frage, wie sie mit Dschihadisten sowie deren Frauen und Kindern verfahren sollen, die aus ehemaligen IS-Gebieten heimkehren. Wie gut ihnen das gelingt, wird sich sowohl auf die Sicherheit in der Region als auch in Europa auswirken.

Von Lisa Watanabe

Seit 2011 haben Tausende ihre Länder verlassen, um in Syrien, dem Irak und anderswo zu kämpfen, überwiegend im Namen des Islamischen Staates (IS). Der Erfolg der Gruppierung zog schätzungsweise 40'000 ausländische Kämpfer an. Diese Zahl ist deutlich höher als im Zuge früherer dschihadistischer Mobilisierungen, etwa im Zusammenhang mit dem Afghanistankrieg 1979–89, dem Bosnienkrieg 1992–95, dem Krieg in Afghanistan nach 2001 oder im Irak nach der Invasion 2003 unter US-amerikanischer Führung. Ein erheblicher Teil der ausländischen Kämpfer in Syrien und im Irak stammt aus Nordafrika. Allerdings war die Levante nicht deren einziges Zielgebiet. Nach dem Entstehen einer IS-Enklave in Libyen strömten sie auch in dieses Krisenland.

Die nordafrikanischen Länder ringen momentan mit der Frage, wie sie mit Dschihad-Rückkehrern und deren Familien umgehen sollen. Für Dschihadisten, die zwar Syrien und den Irak verlassen haben, aber trotzdem weiterkämpfen wollen, ist besonders Libyen ein bevorzugtes Ziel. Dies vor allem angesichts der schwachen Führungs- und Sicherheitsstrukturen im Land und der anhaltenden IS-Präsenz. Europa kann es sich in Anbetracht der Nähe Nordafrikas sowie der Verbindungen zwischen Dschihadisten in beiden Regionen kaum leisten, die Herausforderungen zu ignorieren, vor



Die Sicherheitslage in Tunesien bleibt seit einem Angriff auf die Grenzstadt Ben Gardane durch libysche Dschihadisten des «Islamischen Staates» 2016 angespannt. Zoubeir Souissi / Reuters

welche die Rückkehr der Dschihad-Kämpfer die nordafrikanischen Staaten in den kommenden Jahren stellt. Dies zeigte sich etwa bei den Anschlägen auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016 und die *Manchester Arena* 2017. Beide Anschläge wurden von Personen mit Kontakten zur dschihadistischen Szene in Libyen verübt.

Herkunfts- und Einsatzgebiete

Dschihad-Reisende können grob als Personen definiert werden, die in ein anderes Land als ihr Heimatland reisen, um sich an

einem Aufstand in einem Konfliktland zu beteiligen. Die Zahlen zum Ausmass des Phänomens sind zwar ungenau und basieren auf Schätzungen. Sie helfen aber, eine Vorstellung von der Grössenordnung des Problems zu gewinnen. Mehr als 3000 Tunesier, knapp 1600 Marokkaner und mindestens 600 Ägypter sind in den Irak und nach Syrien gereist. Es liegen zwar keine offiziellen Zahlen zu Libyern vor, sie gehörten aber zu den ersten, die in den Nahen Osten gezogen sind. Dies deutet darauf hin, dass auch sie sich dort in recht grosser

Zahl – Schätzungen gehen von rund 600 Personen aus – aufgehalten haben. Die Anzahl an Algeriern war hingegen deutlich geringer (260 per Dezember 2015).

Nordafrikanische Dschihad-Reisende sind nicht nur nach Nahost gezogen, sondern auch in IS-Gebiete in Nordafrika selbst. Während Libyen vorher als Transit- und Trainingsdrehscheibe für Dschihadisten auf dem Weg nach Syrien und in den Irak galt, ist es seit 2014 auch ein Zielland für Kämpfer. Die Zugänglichkeit des Landes und die Existenz einer IS-Enklave in Libyen machten es zu einem attraktiven Ziel und einer geeigneten Alternative zum Kalifat in der Levante, da Reisen dorthin zunehmend schwieriger wurden. Man geht davon aus, dass seit 2011 zwischen 1350 und 3400 Dschihad-Kämpfer nach Libyen gereist sind. Den Grossteil davon machen Tunesier aus (1000–1500 Personen), gefolgt von Kämpfern aus anderen nordafrikanischen Ländern. Dschihadisten aus Nordafrika haben sich auch dem IS-Ableger im Sinai in Ägypten angeschlossen, allerdings in geringerer Zahl.

Die Rekrutierung fand bislang offenbar hauptsächlich über Bekannte der angehenden Dschihad-Reisenden statt, etwa Freunde, die sich bereits in Syrien befanden, oder Kontakte aus ihrem lokalen Umfeld. Online-Medien scheinen dabei nur eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Etablierte dschihadistische Gruppierungen wie Ansar al-Sharia in Tunesien, Ansar al-Sharia in Libyen und Gamaa al-Islamiya in Ägypten haben sich ebenfalls als effektive Rekrutierungs- und Vermittlungsnetzwerke erwiesen. Die Tatsache, dass eine Rekrutierung vor allem durch persönliche Kontakte erfolgt, kann erklären, warum in bedeutenden Ausreiseländern Rekrutierungs-Hotspots existieren. Dies trifft beispielsweise auf Städte im Nordwesten Marokkos (Fnideq, Tanger und Tétouan) sowie Casablanca und Fès, die tunesischen Städten Ben Gardane, Remada, Bizerta und Tunis, sowie in Libyen auf Tripolis, Darna und Benghazi zu. Einige dieser Gebiete (Ben Gardane und Darna) sind schon in der Vergangenheit durch Probleme im Bereich der Radikalisierung und der Mobilisierung von Dschihad-Kämpfern aufgefallen (siehe Karte).

Die Routen nach Syrien und in den Irak sind den Behörden mittlerweile bekannt. Viele Dschihad-Reisende aus Nordafrika sind auf dem Landweg von der Türkei

nach Syrien und in den Irak gelangt. Einige sind dabei vorgängig in die Türkei geflogen, manchmal über ein Drittland. Andere wiederum sind über Libyen auf dem Seeweg in die Türkei gekommen. Libyen selbst wurde überwiegend auf dem Landweg erreicht, häufig über Städte wie Ben Gardane in der Nähe der tunesisch-libyschen Grenze oder Debdeb an der Grenze zwischen Algerien und Libyen. Einige Ägypter sind auch von Kairo nach Kartum geflogen und dann über Land vom Sudan nach Libyen gezogen.

Die Gründe dafür, sich im Ausland einer dschihadistischen Gruppierung anzuschliessen, sind vielfältig. Es gibt darum kein klares Erkennungsprofil. Allerdings scheinen Dschihad-Reisende durchaus einiges gemein zu haben. Hierzu zählt etwa eine gefühlte Verpflichtung, sunnitischen Glaubensbrüdern in Syrien zur Hilfe zu eilen. Auch religiöse und ideologische Motive, die häufig mit der Vorstellung von Syrien als dem Ort der letzten Schlacht zwischen den Muslimen und den «Ungläubigen» zusammenhängen, sind verbreitet. Weiter zählt auch ein Gefühl der sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit, verursacht durch die sozioökonomische Marginalisierung in den Heimatländern, zu den Motiven. Solche Push-Faktoren schei-

Nordafrikanische Dschihad-Reisende sind nicht nur nach Nahost gezogen, sondern auch in IS-Gebiete in Nordafrika selbst.

nen auf komplexe Weise mit den Verheissungen der IS-Propaganda verschmolzen zu sein, die Ehefrauen und ein regelmässiges Einkommen verspricht. Die dadurch entstehende gefühlte Perspektive, fehlt den ausländischen Kämpfern in ihren Heimatländern häufig.

Neben jungen Männern sind auch Frauen in IS-Gebiete gezogen. Dies geschah als Teil einer breiteren Mobilisierung im Zusammenhang mit dem Aufbau eines «Kalifats». Man geht davon aus, dass 700 Tunesierinnen und schätzungsweise 275 marokkanische Frauen (dies entspricht jeweils rund 23 und 17 Prozent der Dschihad-Reisenden aus diesen Ländern) in das Kalifat in der Levante emigriert sind. Auch nach Libyen sind Frauen migriert. Auch hier machen tunesische Frauen die grösste Gruppe aus. Ihre Zahl beträgt einigen Schätzungen zufolge 300 (entspricht 20 bis 30 Prozent der Dschihad-Reisenden). Ma-

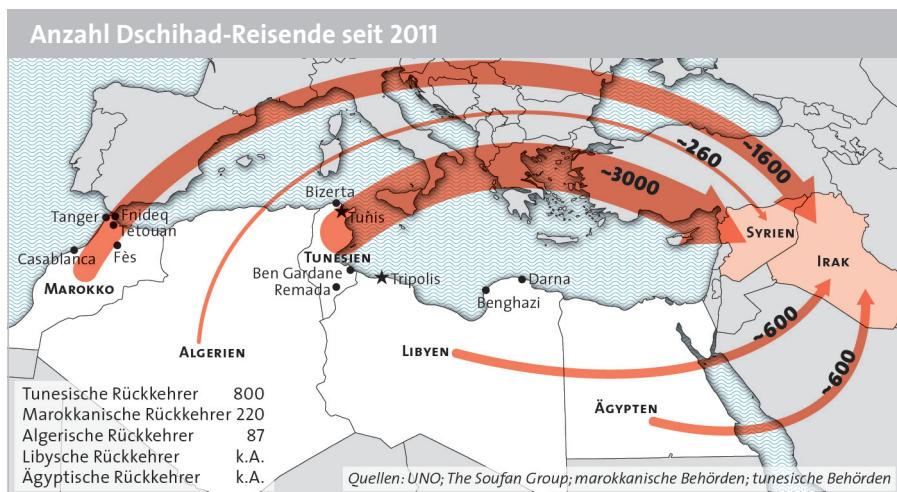
rokanerinnen sind ebenfalls nach Libyen gereist, in welcher Zahl ist allerdings unklar. Auch Kinder haben ihre Eltern begleitet oder wurden im «Kalifat» und in der IS-Provinz in Libyen geboren. Jedoch liegen hierzu bislang keine Zahlen vor.

Rückkehr und Weiterzug

Einige Dschihad-Reisenden sind bereits in ihre Aufbruchsländer in Nordafrika zurückgekehrt. Unter den Rückkehrern befinden sich rund 800 Tunesier, 220 Marokkaner und mindestens 87 Algerier (jeweils rund 25, 13 und 33 Prozent der Gesamtzahl der Personen, die nach Syrien und in den Irak aufgebrochen sind). Angesichts der strategischen Bedeutung Libyens für den IS ist zudem zu vermuten, dass etliche der libyschen Dschihad-Reisenden in ihr Heimatland zurückgekehrt sind. Offizielle Zahlen hierzu sind allerdings nicht verfügbar. Hinzu kommt eine Dunkelziffer, da viele heimlich und unentdeckt zurückgekehrt sind. Dies geschieht heute vermehrt, da die Rückkehr über offizielle Einreisestellen mittlerweile im Regelfall zur Verhaftung führt.

Die genutzten Transitländer lassen darauf schliessen, dass Dschihad-Reisende für ihre Rückreise ähnliche Routen wählen wie zuvor auf dem Weg in die Zielländer. So sind Tunesier verdeckt auf dem Landweg aus Libyen zurückgekehrt. Auch Ägypter haben den Rückweg über Libyen oder den Sudan gewählt. Zudem stecken gegenwärtig etliche Tunesier und Marokkaner in der Türkei fest. Sie versuchen offenbar, das Land über die gleichen Schmuggelrouten zu verlassen, über die sie vormals türkischen Boden erreicht haben.

Desillusionierte Rückkehrer sowie solche, die streng durch die Sicherheitsdienste in ihren Heimatländern überwacht werden, stellen aller Voraussicht nach kein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Die grösste Gefahr geht von kampferprobten Rückkehrern mit umfangreichen Netzwerken aus, die entweder immer noch Sympathien für den IS hegen oder sogar zurückgeschickt wurden, um den Kampf in ihrer Heimat fortzuführen. Die IS-Enklave in Libyen etwa wurde durch libysche Dschihad-Kämpfer geschaffen, die 2014 aus Syrien heimkehrten. Es ist zwar unwahrscheinlich, dass sich eine ähnliche Dynamik andernorts wiederholt. Trotzdem könnten sich einige Dschihad-Rückkehrer auf ihre Heimatländer fokussieren. Tatsächlich haben einige IS-Kämpfer aus Marokko bereits ihre Absicht geäussert, den Dschihad fortan gegen die Monarchie zu führen.



Rückkehrende Dschihad-Kämpfer können nicht nur Auswirkungen auf nationale, sondern auch auf regionale dschihadistische Netzwerke haben. Diese könnten durch die Rückkehrer eine Stärkung erfahren. Viele nordafrikanische Rückkehrer wurden in Libyen ausgebildet, bevor sie weiterreisten. In der Folge verfügen diese wohl über Kontakte in Libyen. Da besonders viele Tunesier sich dem IS angeschlossen haben, lässt sich vermuten, dass tunesisch-libysche Netzwerke durch ihre Rückkehr eine Stärkung erfahren werden.

Die Sicherheit in der Region wird zudem auch durch Personen beeinträchtigt, die nicht nach Hause zurückkehren, sondern lediglich ihr Einsatzgebiet wechseln. Für sie können das letzte vom IS kontrollierte Gebiet in Nordafrika im Sinai in Ägypten, und Libyen, wo der IS versucht, sich neu zu formieren, zu Zielorten werden. Tatsächlich sollen bereits zahlreiche IS-Kämpfer infolge der Militäroffensiven gegen das IS-Kerngebiet ab 2015 Syrien Richtung Libyen

Rückkehrer ohne begleitende Deradikalisierungs- und Wiedereingliederungsmassnahmen wegzusperren könnte sich als kurzsichtig erweisen.

verlassen haben. Der Fall der IS-Hochburgen in Syrien und im Irak könnte diese Zahl noch vergrößern. Dies hätte nicht nur Folgen für Libyen, sondern auch für dessen Nachbarländer. Tunesien wurde durch die Präsenz des IS in Libyen bereits erheblich destabilisiert. Die Terrorangriffe 2015 in Tunesien im Bardo-Nationalmu-

seum in Tunis und im Strandressort in Sousse wurden von Attentätern begangen, die in Libyen trainiert worden waren. Auch die versuchte Einnahme der tunesischen Grenzstadt Ben Gardane 2016 wurde durch eine IS-Zelle aus der libyschen Grenzstadt Sabratha geplant.

Zusammen mit den Männern sind auch Frauen und Kinder aus den ehemals vom IS kontrollierten Gebieten geflohen. Einige haben es zurück nach Hause geschafft. Andere wurden in Libyen, dem Irak, Syrien und der Türkei inhaftiert und warten auf ihr Gerichtsverfahren und/oder ihre Rückführung. Den Frauen kam in den IS-Gebieten nicht nur die Rolle der Ehefrau und Mutter zu, sondern auch die der moralischen Unterstützerin und Anwerberin. In Syrien und im Irak wurden sie zudem für Selbstmordanschläge eingesetzt. Es ist deshalb naheliegend, dass einige Rückkehrerinnen daher auch nach ihrer Rückkehr weiter rekrutieren oder sich an terroristischen Aktivitäten beteiligen könnten. Tatsächlich haben in jüngster Zeit Anführer des IS Rückkehrerinnen aufgefordert, sich für neue Missionen bereitzuhalten, genannt wurden dabei Selbstmordattentate und die Erziehung ihrer Kinder zu IS-Kämpfern.

Zwar durften viele Kinder für militärisches und ideologisches Training zu jung gewesen sein. Es gibt jedoch Berichte über die Indoktrinierung und Waffenausbildung von neunjährigen Jungen.

Die Reaktion der Politik

Bislang haben nordafrikanische Länder im Hinblick auf zurückkehrende ausländische

Kämpfer einen strafrechtlichen Ansatz gewählt. Im Sinne der Resolution 2178 des UNO-Sicherheitsrats aus dem Jahr 2014, die Länder dazu verpflichtet, das Phänomen der Dschihad-Rückkehrer anzugehen, verfügen die meisten Länder (mit Ausnahme Libyens) über einen rechtlichen Rahmen zur strafrechtlichen Verfolgung zurückkehrender Dschihad-Kämpfer. Aus diesem Grund müssen zurückkehrende Dschihad-Kämpfer bei Entdeckung mit einer Festnahme rechnen. Allerdings werden nicht alle der Festgenommenen strafrechtlich verfolgt. Dafür kann es verschiedene Gründe geben, etwa einen Mangel an Beweisen oder eine Überlastung des Strafjustizsystems, welche es erschwert, die für eine Verurteilung nötigen Beweise zu sammeln.

Trotz der Schwierigkeiten bei der Strafverfolgung haben nur wenige Länder in der Region zusätzliche administrative Massnahmen für den Umgang mit jenen Dschihad-Rückkehrern ergriffen, die nicht strafrechtlich verfolgt werden können. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist jedoch Tunesien. Zurückkehrende Dschihad-Kämpfer, die nicht verurteilt werden können, können hier beispielsweise unter Hausarrest gestellt und überwacht werden.

Darüber hinaus wurden weder innerhalb noch außerhalb der Gefängnisse auf zurückkehrende Dschihad-Kämpfer zugeschnittene Programme zur Deradikalisierung und Wiedereingliederung geschaffen. Zwar haben die Regierungen in Marokko und Tunesien die Möglichkeit angesprochen, solche Programme ins Leben zu rufen. Diese Vorhaben fanden aber noch keine Konkretisierung. In Tunesien führen Vorschläge zum Umgang mit zurückkehrenden Dschihad-Reisenden, die über eine Inhaftierung hinausgehen, üblicherweise zu heftigen Reaktionen von Seiten der Zivilgesellschaft und der Sicherheitsdienste. Diese fordern ein hartes Vorgehen, was mehrere Regierungen in Folge an der Umsetzung ihre Vorschläge gehindert hat. Allerdings kündigte die tunesische Regierung im September 2017 eine neue Initiative zur Deradikalisierung zurückkehrender Dschihad-Kämpfer an. Wie es dieser Initiative ergehen wird, wird sich zeigen.

Rückkehrer ohne begleitende Deradikalisierungs- und Wiedereingliederungsmassnahmen wegzusperren könnte sich als kurzsichtig erweisen. Das Gefängnis kann für Rückkehrer ein ideales Umfeld zur Rekrutierung bieten. Dies gilt umso mehr, als die Gefängnisse in einigen Ländern der

Region überfüllt sind und die Insassen bereits über eine negative Haltung gegenüber dem Staat verfügen, was sie anfälliger für dschihadistisches Gedankengut macht. Darüber hinaus könnten einige Dschihad-Reisende durch die Aussicht auf Festnahme und Gefängnishaft zum Schluss kommen, dass sie keine andere Wahl haben, als in ein anderes Konfliktland zu ziehen und sich dort auf die Unterstützung dschihadistischer Netzwerke zu verlassen. Dies würde ihre Demobilisierung unwahrscheinlicher machen und die Risiken im Zusammenhang mit regionalen Hotspots wie Libyen steigern.

Für den Umgang mit Rückkehrerinnen müssen die Länder der Region erst noch klare Strategien entwickeln. So deuten die bislang verfügbaren Informationen darauf hin, dass zurückkehrende Frauen zwar festgenommen werden, ihnen gegenüber aber tendenziell eher Nachsicht gezeigt wird als gegenüber männlichen Rückkehrern. Dies spiegelt die Neigung in der MENA-Region wider, Frauen als harmlos und in der Rolle als Opfer zu sehen. Tunesische Rückkehrerinnen etwa wurden zwar festgenommen, aber anschliessend wieder freigelassen. Sie wurden in der Folge überwacht und in Programmen beraten, die unter der Aufsicht des Frauen- und Familienministeriums stehen. Es scheinen zudem keine festen Regeln für den Umgang mit Kindern zu existieren, die zusammen mit ihren Müttern oder als Waisenkinder zurückkehren.

Die weitere Entwicklung

Da jeder Rückkehrer ein individuell grosses Risiko darstellt, wäre es wichtig, jeden

einzelnen Fall einzeln zu betrachten, um effektiv mit Dschihad-Rückkehrern umgehen zu können. Während einige inhaftiert werden müssen, ist bei anderen eventuell eine Massnahme ausserhalb des Gefängnissystems effektiver. Solch ein differenzierter Ansatz müsste durch sorgfältig gestaltete Deradikalisierungs- und Wiedereingliederungsprogramme in und ausserhalb von Gefängnissen begleitet werden. Im Fall von Kindern wird wohl auch psychologische Betreuung und soziale Unterstützung erforderlich sein.

Jedoch können Deradikalisierung und Wiedereingliederung nur effektiv sein, wenn die Rückkehrer sich später nicht in denselben Umständen wiederfinden, die sie ursprünglich zum Verlassen ihres Landes

Es muss sichergestellt werden, dass die Terrorismusbekämpfung im rechtsstaatlichen Rahmen stattfindet.

veranlasste. Der Aktionsplan zur Verhütung von gewalttätigem Extremismus (*Action Plan on Preventing Violent Extremism (PVE)*) der UNO fordert die Staaten dazu auf, die Umstände, die als Nährboden für eine Radikalisierung dienen, als Teil ihrer nationalen PVE-Strategien anzugehen. Es soll zudem sichergestellt werden, dass die Terrorismusbekämpfung im rechtsstaatlichen Rahmen stattfindet. Viele Regierungen in der Region haben jedoch noch einen langen Weg vor sich, bevor direkte (Polizeigewalt, willkürliche Festnahmen) und strukturelle (politische und sozioökonomische Ausgrenzung) Ursachen der Radikalisierung beseitigt werden können.

Die Verringerung der mit den Dschihad-Rückkehrern zusammenhängenden Herausforderungen erfordert auch eine koordinierte regionale Herangehensweise. Dazu zählt eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Hinblick auf die Grenzsicherheit und den Informationsaustausch, der zurzeit weniger effizient ist, als er es sein könnte. Libyen ist nach wie vor das schwächste Glied, wenn es darum geht, den Dschihadisten Rückzugsgebiete in der Region zu verwehren. Gemeinsame regionale und internationale Anstrengungen zur Beendigung des Konflikts in Libyen und zur Verbesserung der Governance- und Sicherheitskapazitäten im Land sind deshalb dringend gefordert.

Europa, einschliesslich der Schweiz, kann nordafrikanische Länder bei der effektiveren Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit Dschihad-Rückkehrern unterstützen. Dies kann durch die Förderung von Deradikalisierungs- und Wiedereingliederungsoptionen, der Förderung von Sicherheitsreformen und Verbesserungen bei der politischen und sozioökonomischen Eingliederung (insbesondere von jungen Menschen) geschehen. Des Weiteren muss Europa geschlossen hinter dem politischen Prozess der UNO in Libyen stehen und den Kapazitätsaufbau im Land unterstützen.

Lisa Watanabe ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Sie ist u.a. Autorin von «Algerien: Stabilität trotz aller Widrigkeiten» (2017) und «Libyen: Kleine Schritte aus dem Chaos» (2016).